

Niederschrift

Gremium	Sitzung - UwE/048(IV)/08			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Umwelt und Energie	Dienstag, 09.12.2008	Julius-Bremer-Str. 8- 10 Raum 730/732	17:00Uhr	18:45Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 11.11.2008

- 4 Beschlussvorlagen
- 4.1 Aufstellung und Entwurf des einfachen Bebauungsplanes Nr. 229-1 "Olvenstedt" DS0501/08
- 4.2 Elbequerung zwischen dem Stadtzentrum und den ostelbischen Stadtteilen im Bereich der Zollbrücke und Alte Elbe DS0589/08

- 5 Informationen
- 5.1 Erhalt der Lindenallee zwischen Lemsdorf und Ottersleben, Stand 2008 I0302/08

- 6 Verschiedenes
- 6.1 Umsetzung des Stadtratsbeschlusses Nr. 1815-59(IV)08 vom 17.01.2008 - Beratung der Ausschüsse über die Mitgliedschaft der Landeshauptstadt Magdeburg in Vereinen und Verbänden

Anwesend:

Vorsitzende/r

Schmidt, Kurt Dr.

Mitglieder des Gremiums

Schwenke, Wigbert

Canehl, Jürgen

Herbst, Sören Ulrich

Krause, Bernd

Reppin, Bernd

Sachkundige Einwohner/innen

Bunge, Frank

Schilling, Oliver

Mitglieder des Gremiums

Frömert, Regina

Sachkundige Einwohner/innen

Bunk, Doris

Verwaltung:

Herr Platz

Herr Warschun

Herr Schulze

Frau Fricke

Herr Wrede-Pummerer

Frau Baumgart

Bg I

Amt 31, AL

Amt 31

Amt 31, Protokoll

Amt 61

Amt 61

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen worden und der Ausschuss beschlussfähig sei.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Abstimmung: 6-0-0

3. Genehmigung der Niederschrift vom 11.11.2008

Abstimmung: 3-0-3

4. Beschlussvorlagen

- 4.1. Aufstellung und Entwurf des einfachen Bebauungsplanes Nr. DS0501/08
229-1 "Olvenstedt"
-

Herr Wrede-Pummerer - Amt 61 - stellt die Drucksache vor. Planziel sei die Regulierung von Einzelhandel unter Berücksichtigung des Märktekonzeptes.

Herr Stadtrat Herbst macht darauf aufmerksam, dass über die einzelnen Bereiche heiß diskutiert werde. Er fragt, ob der B-Plan eine Reaktion auf die öffentliche Diskussion bzw. auf das Interesse von Investoren an Flächen sei. Herr Wrede-Pummerer antwortet, die B-Plan-Erstellung laufe parallel. Auf die Nachfrage von Herrn Stadtrat Krause führt Herr Wrede-Pummerer aus, bestehende Einrichtungen hätten Bestandsschutz. Herr Stadtrat Krause ergänzt, er habe den Verdacht, dass die Bevölkerung beruhigt werden solle. Herr Wrede-Pummerer führt aus, der B-Plan solle die Grundlage für Entscheidungen des Bauordnungsamtes bilden.

Herr Schwenke macht eine grundsätzliche Anmerkung zur Thematik. Dieser B-Plan lasse Märkte zu, jedoch sei gerade einer im Geltungsbereich des B-Planes abgelehnt worden. Zukünftig werde er sich der Stimme enthalten oder wie in diesem Fall dagegen stimmen. Ein schlechtes Beispiel sei für ihn die Brenneckestraße. Immerhin seien in der Halberstädter Straße vier Märkte entstanden.

Herr Stadtrat Herbst merkt an, der Bereich Olven 1 solle zielgerichtet entwickelt werden. Herr Stadtrat Dr. Schmidt gibt zu bedenken, dass der Bürger selbst entscheiden solle, in welchen Markt er gehe. Es gäbe unterschiedliche Bedürfnisse der Bürger.

Abstimmung DS0501/08: 4-0-2

- 4.2. Elbequerung zwischen dem Stadtzentrum und den ostelbischen DS0589/08
Stadtteilen im Bereich der Zollbrücke und Alte Elbe
-

Frau Baumgart - Amt 61 - stellt die Drucksache und verschiedene Varianten der Verkehrsführung vor. Herr Stadtrat Dr. Schmidt schätzt ein, dies sei ein Jahrhundertprojekt. Herr Stadtrat Reppin fragt, welche Variante die kostengünstigste sei. Es gebe mehrere Kreuzungen von Straßenbahn- und Autotrassen. Frau Baumgart antwortet, Autos seien in der Wartepflicht - Straßenbahnen sei Vorfahrt zu gewähren. Dazu seien signalgeregelte Kreuzungen mit entsprechenden Stauflächen erforderlich. Bei mehreren Abbiegespuren müsse die Brücke sechsspurig sein. Die grundsätzliche Fragestellung sei, welche Ziele man verfolge.

Herr Stadtrat Reppin fragt nach, ob die Förderbedingungen besser seien, wenn Straßenbahnen auf der Anna-Ebert-Brücke blieben. Frau Baumgart antwortet, der Fördermittelgeber fordere einen eigenen Bahnkörper.

Herr Stadtrat Schwenke regt an, zuerst eine Überprüfung zu beauftragen, welche Variante besser sei. Grundsätzlich begrüße er die Strombrückenverlängerung. Er fragt nach, welche Bedeutung das ostelbische Häkchen habe. Dies könne zu Verwirrungen führen. Frau Baumgart antwortet, die Zeichnung sei bewusst unkonkret. Herr Stadtrat Canehl betont ebenfalls, die Zeichnung sei irreführend. In der Ausschreibung müsse erkennbar sein, was man wolle. Dies sei mit der bisherigen Beschlussvorlage nicht der Fall. Er glaube nicht, dass die Nullvariante Chancen hätte. Dazu sei die Belastung der alten Brücke wahrscheinlich zu stark. Aus seiner Sicht sei die Vorlage zu allgemein. Herr Stadtrat Dr. Schmidt erwidert, die entsprechenden Fachleute sollten Vorschläge entwickeln und Varianten favorisieren. Stadträte seien keine Fachleute. Herr Stadtrat Reppin bestätigt, Fachleute sollten die Varianten prüfen. Unklar sei für ihn, was die MVB zum Vorhaben sage. Herr Stadtrat Herbst führt aus, er teile die Ansicht Herrn Canehls, dass die Drucksache Aussagen darüber enthalten müsse, wohin die Entwicklung gehen solle. Dabei solle das Verkehrsinnenstadtkonzept beachtet werden. Die Formulierungen in der vorliegenden Drucksache seien beliebig. Die Drucksache müsse detaillierte Vorgaben enthalten. Frau Baumgart antwortet, es herrsche Handlungsbedarf. Details seien bewusst nicht enthalten, da sonst zu viel Zeit vergehe. Vielleicht werde eine ARGE gebildet. Sie stellt fest, dass bestehende Beschlüsse des Stadtrates bei der weiteren Planung beachtet werden müssen. Das Innenstadtkonzept sei ein solcher Beschluss. Weitere zu berücksichtigende Aspekte seien die Veranstaltungsverkehre, ein eventueller Havariefall auf dem Nordbrückenzug und die Belange des Immissionsschutzes. Herr Platz informiert, dass auch in der Beratung beim OB kontrovers diskutiert worden sei. Verschiedenen Szenarien müssten berücksichtigt werden. Betrachtet werden sollten unbedingt auch die Auswirkungen des Tunnelbaus. Er favorisiere keinen zusätzlichen Verkehr in der Innenstadt. Herr Bunge merkt an, der Verkehr werde auch in die Berliner Chaussee weiter geführt. Dies müsse berücksichtigt werden. Der Verkehr werde ostelbisch zunehmen. Herr Stadtrat Herbst ergänzt, der Verkehr in der Innenstadt werde nach dem Brückenbau wieder zunehmen - unabhängig von der baulichen Ausführung der Brücken. Frau Baumgart erwidert, der ländliche Raum dünne sich aus. Der Verkehr werde nicht erheblich ansteigen. Im Planfeststellungsverfahren hätten die Bürger die Möglichkeit, Einwendungen zu erheben - dies auch gerichtlich, wenn nicht alle Szenarien berücksichtigt worden seien. Herr Schilling hält eine ergebnisoffene Diskussion für richtig. Er fragt nach, warum es keine parallelen Brücken analog des Nordbrückenzuges geben solle. Frau Baumgart antwortet, ein Richtungsbezug auf den Brücken sei nicht ausgeschlossen. Jedoch sei dann das Problem der Abbiegespuren kompliziert zu lösen. Die Situation der Werderaner dürfe sich nicht verschlechtern. Sonst hätten diese im Planfeststellungsverfahren die Möglichkeit, dagegen anzugehen. Herr Stadtrat Schwenke fordert dazu auf, keine Ergebnisse vorweg zu nehmen. Die Verwaltung solle die Chance haben, die verschiedenen Varianten vorzulegen. Herr Stadtrat Canehl regt an, auch zu beachten, dass möglicherweise Schönebecker die ostelbische Route nach Magdeburg wählen. Berücksichtigt werden müsse auch die Überalterung der Bevölkerung.

Abstimmung DS0589/08: 3-0-2

5.	Informationen	
5.1.	Erhalt der Lindenallee zwischen Lemsdorf und Ottersleben, Stand 2008	I0302/08

Herr Stadtrat Herbst fragt, warum die Information erstellt wurde.

Herr Platz antwortet, die Verwaltung habe sich verpflichtet, die Stadträte auf dem laufenden zu halten. Dies werde nun umgesetzt.

Herr Stadtrat Schwenke macht darauf aufmerksam, dass weiterhin zwischen den Baumscheiben geparkt werde. Trotzdem sei aber eine Verbesserung zu verzeichnen.

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

6. Verschiedenes
 6.1. Umsetzung des Stadtratsbeschlusses Nr. 1815-59(IV)08 vom
 17.01.2008 - Beratung der Ausschüsse über die Mitgliedschaft
 der Landeshauptstadt Magdeburg in Vereinen und Verbänden
-

Herr Stadtrat Schwenke bemängelt, dass die Unterlagen nicht vorliegen.

(Hinweis von Frau Grünert im Nachgang zur Sitzung:

Immer dann, wenn für eine Ausschusssitzung zusätzliche Dokumente benötigt werden, werden diese gesondert in die jeweilige Sitzung importiert und gemeinsam mit der Einladung freigegeben. Bei Aufruf der Sitzung im Ratsinformationssystem für Stadträte stehen diese Dokumente dann gemeinsam mit der Niederschrift der letzten Sitzung im rechten Kopfbereich der aktuellen Sitzung. Dies betraf in der Dezembersitzung folgende Dokumente:

- Beschluss 1815-59(IV)08
- I0164/07
- Anlage zur I0164/07.)

Herr Platz geht auf die einzelnen Mitgliedschaften ein und schlägt folgende weitere Verfahrensweise vor:

- Verein für Umweltrecht (500 €) - die Landeshauptstadt Magdeburg verlässt den Verein
- Klimabündnis - die Stadt bleibt Mitglied
- Landschaftspflegeverband Kreuzhorst-Klus - der Beitrag der Landeshauptstadt Magdeburg sei inzwischen zu hoch. Angestrebt sei eine Reduzierung des Beitrages, anderenfalls ein Austritt der Landeshauptstadt Magdeburg. Herr Stadtrat Dr. Schmidt hinterfragt die Berechnung des Beitrages. Herr Warschun informiert, der Beitrag berechne sich nach der Einwohnerzahl. Herr Stadtrat Schwenke fragt nach, ob eine Mitteilung zum weiteren Vorgehen in den Stadtrat gehe. Herr Warschun antwortet, der Austritt aus dem Verein für Umweltrecht werde durch einen Stadtratsbeschluss vorbereitet. Auf die Nachfrage des Ausschussvorsitzenden zur Behandlung der Mitgliedschaften im Bereich Abfall, Kreislaufwirtschaft verweist Herr Platz auf die unmittelbar voraus gegangene Sitzung des Betriebsausschusses des SAB.

Der Umweltausschuss nimmt die Vorschläge zur weiteren Verfahrensweise bzgl. der Mitgliedschaften positiv auf.

Herr Stadtrat Canehl fragt, ob bekannt sei, dass der Wasserstand im Neustädter See absinke. Herr Warschun verneint dies. Im Gegenteil gebe es z.B. im Frühling einen höheren Pegel und grundwasserstandsbedingte Vernässungen im Randbereich.

Herr Schilling fragt, ob das **Trennsystem** in der nächsten Zeit zur Pflichtsache gemacht werde. Herr Warschun antwortet, der Generalentwässerungsplan sei im Stadtrat beschlossen worden. Darin werde nicht die generelle Trennung der Abwässer gefordert. Dies sei auch aus Kostengründen kaum möglich. Rechtlich gesehen dürfe die Stadt ein Mischwassersystem betreiben.

Der Ausschussvorsitzende beendet die Sitzung um 18:45 Uhr.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Dr. Kurt Schmidt
 Vorsitzender

gez. Claudia Fricke
 Schriftführerin